



Olympia-Promoter **Andreas Wieland** steht **Luzi Bürkli**, Chefredaktor des «Bündner Tagblatts», Rede und Antwort.

Unternehmer, treibende Olympiakraft – und Parkplatzeinweiser

Als Leiter des Kernteams hat er das Grobkonzept für eine Kandidatur Graubündens für **Olympische Winterspiele 2026** erstellt. Am Montag erklärte **Andreas Wieland** bei «BT in der Beiz», warum das olympische Feuer dieses Mal in ihm lodert.

► FRANCO BRUNNER (TEXT), MARCO HARTMANN (FOTOS)

O

lympia bewegt. So auch am Montagabend bei der achten Ausgabe der Veranstaltungsreihe «BT in der Beiz» im Churer Restaurant «Froh-sinn». Prominenter Gast war Andreas Wieland. Für einmal nicht in



der Rolle als CEO der Hamilton Bonaduz AG, sondern als Leiter des Olympia-Kernteams, das in den letzten Monaten das Grobkonzept für eine Bündner Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 erarbeitet hat. Und die Leute kamen. Derart zahlreich, dass noch jede Menge zusätzliche Sitzgelegenheiten aus dem Hinterzimmer hervorgekratzt werden mussten.

«Komplett andere Ausgangslage»

Aus alten Schubladen hervorgekratzt – sprich von den Olympiaplänen aus den Jahren 2012/13 abgeklüpfert – haben Wieland und sein Team bei ihrer Projekterstellung derweil nicht. «Die Ausgangslage ist dieses Mal eine komplett andere», stellte Wieland gleich zu Beginn des Gesprächs mit BT-Chefredaktor Luzi Bürkli klar. Deshalb habe er auch zugesagt, als er angefragt worden sei, die Leitung dieses Olympia-Kernteams zu übernehmen. «Ich habe mich nicht zuletzt deshalb verantwortlich gefühlt, etwas zu unternehmen, weil die vergangene Kandidatur für mich nicht gepasst hatte und ich sie somit nicht unterstützen konnte», erklärte Wieland. Doch mit den veränderten Voraussetzungen sei für ihn klar gewesen, dass er sich für Olympische Winterspiele und somit für die Zukunft des Kantons einsetzen wolle.

Hauptgrund für die neue Situation sei die «Agenda 2020» und somit die neue Positionierung des

Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sagte Wieland. «Mit dieser Agenda hat das IOC kundgetan, dass Dezentralisierung möglich und somit der Wunsch nach kleineren, nachhaltigeren Spielen vorhanden ist.» Dies würde – sowohl verkehrstechnisch als auch was die Infrastruktur anbelange – ganz neue Wege eröffnen. So könne man beispielsweise mit Partnern wie Engelberg, Einsiedeln und Zürich zusammenarbeiten. Entsprechend sehen die Pläne unter anderem vor, dass alle Hallensportarten im Raum Zürich stattfinden würden und – der Grossteil – der Outdoor-Veranstaltungen in den verschiedenen Destinationen in Graubünden. «Bei der Planung vor vier Jahren gab es noch einen Kostenposten von rund einer Milliarde Franken für den Bau von temporären Bauten», so Wieland. Kosten, die in der aktuellen Planung wegfallen würden. Einzig die Frage nach einer Eislauhalle sei noch nicht geklärt. Da sei man aber in Gesprächen mit verschiedenen Lager-

»

Die Kapitaldecke der hiesigen Unternehmen ist dünner geworden

»

raumbesitzern im Raum Zürich. Grundsätzlich könnte er sich diesbezüglich sogar die Ausgliederung in das Eisschnelllauf-Mekka Niederlande vorstellen. So oder so führt dieses Prinzip, auf vorhandene Kompetenzen zu setzen, zu einem



Andreas Wieland unterhält sich vor und nach dem offiziellen Teil von «BT in der Beiz» mit Gästen im Restaurant «Froh-sinn».

operativen Budget von 1,65 Milliarden Franken – im Vergleich dazu stehen die gut 2,5 Milliarden Franken von der Kampagne 2013. Ein Budget übrigens, das laut Wieland sogar noch mit einer «Sicherheitsmarge» ausgestattet ist.

Schritt in die richtige Richtung

Neue Voraussetzungen hin, weitaus tiefere Kosten und ausgefallene Kooperationsideen her. Dass auch die aktuellen Bündner Olympia-Pläne kein Selbstläufer werden, ist sich Wieland sehr wohl bewusst. Um so wichtiger ist es dem Unternehmer, auf die grossen Chancen hinzuweisen, die Olympische Winterspiele für Graubünden mit sich bringen würden. «Unser Ziel ist es, mit diesem Projekt für Graubünden einen gesellschaftlich wichtigen Schritt in die richtige Richtung zu machen», so Wieland. Es gehe darum, einen Prozess einzuläuten, mit dem man in den nächsten zehn Jahren verschiedene Wirtschaftsbereiche wieder ankurbeln und dem Kanton den dringend nötigen Schub verleihen könne. Denn Fakt sei nun mal, dass es Graubünden nicht gut gehe. Sogar noch schlechter als vor vier Jahren. «Die Logiernächte sinken weiter, die Kapitaldecke der hiesigen Unternehmen ist dünner geworden und die Investitionsfreudigkeit noch schlechter als damals», sagte Wieland. Olympische Spiele würden zudem auch dringliche Themen wie zum Beispiel die Digitalisierung vorantreiben oder aber vielleicht einmal zu einer Anpassung der kantonalen Investitionsprioritäten führen, was ja auch einmal ein Gedanke Wert wäre. Für all dies sei das Olympia-Projekt die aktuell ein-

zig greifbare Möglichkeit. «Es fehlen schlicht die Alternativen», stellte Wieland klar. Denn von all den gross angekündigten Plänen für ein «gesünderes» Graubünden der Olympiagedner von 2013 sei bislang weder etwas angegangen geschweige denn umgesetzt worden.

Mit seinen Ausführungen stiess Wieland an diesem Montagabend im «Froh-sinn» auf offene Ohren, wie die Rückmeldungen aus den Publikumsreihen zeigten. Skeptisch war man allerdings, was die Rolle der Stadt Zürich als Partnerin für allfällige Winterspiele anbelangt. Denn von dieser Seite waren in jüngster Vergangenheit nur bedingt euphorische Aussagen zu vernehmen. Der Zürcher Stadtrat will

«

Ich bin sehr zuversichtlich, dass auch die Stadt Zürich dabei sein wird

»

zum Beispiel keine neuen Sportanlagen bauen, keine Tätigkeit als Host City übernehmen und nicht im Organisationskomitee sitzen. Aussagen, die Wieland noch nicht zu stark gewichten will. «Ich bin sehr zuversichtlich, dass, wenn sowohl Bund als auch Swiss Olympic zu unserem Projekt Ja sagen, auch die Stadt Zürich mit dabei sein wird.» Und falls doch nicht, gäbe es durchaus Alternativen. Denn im Gegensatz zur Stadt zeige sich der Kanton Zürich «sehr offen» gegenüber den Bündner Olympiaplänen.

Zuerst steht nun aber die erste von zwei Volksabstimmungen in Graubünden an. Im Februar 2017 entscheidet der Kanton über einen Bruttokredit von 25 Millionen Franken und somit über die Weiterführung des Kandidaturprojektes ab. «Ich hoffe, dass das Volk mit einer breiten Zustimmung ein starkes Zeichen setzen wird», sagte Wieland. Und falls es dann 2026 tatsächlich zu Olympischen Winterspielen im Kanton kommen sollte, würde auch er selber – ohne zu zögern – ein Zeichen setzen, wie er auf Bürklis Voluntari-Anfrage antwortete. Denn als Parkplatzeinweiser könne er sich sehr gut vorstellen.

Transparenz soll über Verfassung geregelt werden

Die Gemeinde Domat/Ems will das **Öffentlichkeitsprinzip** über die Gemeindeverfassung einführen. Eine Revision ist dafür nicht erforderlich, wie es in der kürzlich publizierten **Botschaft** heisst. Diese wird am **21. November im Gemeinderat** behandelt.

DOMAT/EMS Auch Ems wird bald zur noch kleinen, aber wachsenden Zahl von Gemeinden gehören, in denen das sogenannte Öffentlichkeitsprinzip gilt. Dieses Prinzip soll den Bürgern bei Bedarf mehr Transparenz in die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung ermöglichen. Es wurde im Frühjahr vom Grossen Rat auf kantonalen Ebene eingeführt, auf kommunaler Ebene sollte jede Gemeinde darüber selber entscheiden. In Ems wurde im Mai eine entsprechende Motion von Enea Baselgia (SP) und zwölf Mitunterzeichnern aller Fraktionen eingereicht und im Juni vom Gemeinderat auch einstimmig an den Vorstand überwiesen (im BT). Mitgetragen wurde das Anliegen auch von der CVP-Fraktion, die mit ihrer absoluten Mehrheit das Vorhaben unterstützte.

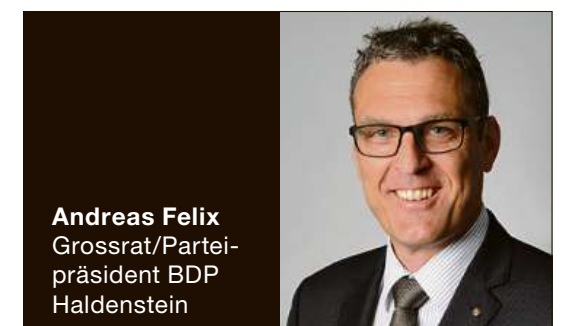
«Offene Türen» beim Gemeindevorstand

Beim Emser Gemeindevorstand rannten die Motionäre offene Türen ein, hatte sich dieser schon in der Vernehmlassung und Gemeindepräsidentin Beatrice Baselgia (SP) auch im Grossen Rat für das Öffentlichkeitsprinzip auf kommunaler Ebene ausgesprochen. Noch juristisch abzuklären war, ob das Prinzip auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe festgeschrieben werden soll. Dies ist in der Zwischenzeit erfolgt, wie aus der Botschaft für die kommende Gemeinderatssitzung vom Montag, 21. November, zu ersehen ist.

Das Öffentlichkeitsprinzip könne «auf der Grundlage der geltenden Gemeindeverfassung» erfolgen, eine Verfassungsrevision sei nicht zwingend erforderlich. Es bezweckt, «die Transparenz über die Tätigkeiten der Organe und der Verwaltung der politischen Gemeinde Domat/Ems zu fördern sowie das Verständnis und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Gemeinde zu stärken». Jede Person habe das Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten, dieser könne eingeschränkt oder verweigert werden, wenn «überwiegende öffentliche oder private Interessen» entgegenstünden. Der Zugang zu amtlichen Dokumenten sei gebührenfrei, eine Gebühr werde erhoben, wenn die Behandlung eines Gesuchs «mit erheblichem Aufwand» verbunden sei. Über die Gesuche und möglicherweise über den Zielkonflikt von privaten und öffentlichen Interessen zu entscheiden ist Sache der Geschäftsleitung.

Die SP hat zum Gesetz eine Medienmitteilung verfasst und betont, dass es wichtig sei, dass die Bevölkerung «über den Paradigmenwechsel und die damit verbundenen Folgen» informiert werde – schliesslich ist in Ems Wahlkampfzeit, da mag man schon auf seinen erfolgreichen parlamentarischen Vorstoss hinweisen. CLAUDIO WILLI

INSERAT



Andreas Felix
Grossrat/Partei-
präsident BDP
Haldenstein

«Staatliches Handeln muss berechenbar bleiben. Für die Strom-Versorgungssicherheit gilt das ganz speziell!»

